

## 14. Standesinitiative zur Sicherung der Versorgung mit Medikamenten und Wirkstoffen

Parlamentarische Initiative Jeannette Büsser (Grüne, Zürich), Nora Bussmann Bolaños (Grüne, Zürich) vom 25. Mai 2020  
KR-Nr. 172/2020

### *Ordnungsantrag*

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos):* Zuerst etwas in eigener Sache: Meine Frau hat mir am Wochenende gesagt, ich solle etwas mehr spazieren, damit meine Wampe zurückgeht. Ich kann das ja jetzt immer tun, wenn Sie mir das Re-  
deverbot geben. Ich stelle

*den Antrag auf Kurzdebatte,*

damit die Fraktionslosen bei diesem so wichtigen Thema auch ihre Meinung darlegen können. Ich danke Ihnen.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Ein Waldspaziergang kann gesünder sein als ein Gang durch dieses Ratsgebäude (*Heiterkeit*). Nein, das war nicht lustig gemeint.

### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat lehnt den Ordnungsantrag mit 55 : 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.** Das Geschäft wird in reduzierter Debatte behandelt.

*Jeannette Büsser (Grüne, Zürich):* Wie verletzlich wir und unsere komplexe Gesellschaft sind, daran erinnert uns das Virus (*Corona-Pandemie*) seit über einem Jahr. Gleichzeitig erleben wir auch, wie privilegiert wir sind, weil die vorhandenen sozialen Sicherungssysteme in unserer Gesellschaft gut gehalten haben. Ich denke an die Arbeitslosenversicherung, die Möglichkeiten der Kurzarbeit, die Sozialhilfe. Ich denke aber auch an das medizinische Fachpersonal und insbesondere die Pflege. Sie haben gehalten, vor allem seit über einem Jahr durchgehalten. Das ist grossartig und nicht selbstverständlich. Jedoch müssen wir auch eingestehen, dass wir mässig vorbereitet waren. Corona ist ein Schuss vor den Bug und die Chance, Lehren daraus zu ziehen für kommende Krisen. Der Jahresbericht 2020 der eidgenössischen GPK (*Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte*) zeigt die diversen Problematiken auf, natürlich noch nicht abschliessend. Mit unserer Initiative legen wir den Fokus auf zwei Problemfelder. Erstens: die Verantwortlichkeiten zwischen Kanton und Bund. Die Vertreter des BAG (*Bundesamt für Gesundheit*) teilten mit, dass sich der Bund gezwungen sah, innert weniger Wochen eine komplette landesweite Infrastruktur für die Versorgung mit Material zu schaffen, das heisst, Bestellung, Import, Lagerung und Verteilung. Diese Versorgung obliegt normalerweise den Kantonen und dem Privatsektor.

Die Kantone und der Privatsektor waren unvorbereitet. Obwohl immer wieder prophezeit, hat dann doch niemand wirklich damit gerechnet oder wollte damit rechnen. Wir verfügen in europäischem Vergleich über ausreichend finanzielle Mittel und bei uns sind Novartis und Roche (*Schweizer Pharmakonzerne*). Trotzdem waren wir nicht parat, verständlich ist das nicht.

Mit unserer Standesinitiative fordern wir den Bund auf, die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Darum schlagen wir vor, den Artikel 102 der Bundesverfassung zu präzisieren. Nicht nur in Kriegszeiten, nein, auch in Krisenzeiten ist die Versorgung zu gewährleisten. Und das zweite Problemfeld: unsere lebensgefährliche Abhängigkeit von internationalen Liefer- und Produktionsketten für essenzielle Medikamente und Wirkstoffe. Darum möchten wir Artikel 102 der Bundesverfassung wie folgt ergänzen: «Er sichert insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Medikamenten und Wirkstoffen.»

«Sorry, China kann nicht liefern», dies war der Titel meiner Anfrage (*KR-Nr. 185/2020*) vom letzten Jahr. Motiviert dazu hat mich die Tatsache, dass die Liste der nicht lieferbaren, aber lebenswichtigen Medikamente seit 2016 immer länger wird. In seiner Antwort darauf anerkennt der Regierungsrat die Problematik, sagt, es sei ein zunehmendes Problem, das aber auf kantonaler Ebene und unter den Voraussetzungen wirtschaftlichen Handels kaum gelöst werden könne. Anders ausgedrückt: Es ist nicht Aufgabe des Kantons zu handeln und der freie Markt wird das Problem auch nicht lösen. Dass die Schweiz, inklusive Europa, in der Versorgung von lebenswichtigen Medikamenten von einem totalitären Staat wie China abhängt, ist bedenklich. Absichtlich, in erpresserischer Manier, oder unabsichtlich aufgrund von eigenen Krisen kann uns der Hahn zgedreht werden. 2018 verfasste eine Arbeitsgruppe der Uni Zürich eine Studie zu den Versorgungsengpässen bei Impfungen und forderte schon damals dazu auf, die Rahmenbedingungen zu Forschung, Herstellung, Zulassung und Vertrieb dringend zu überprüfen. Diesen März zielten die *Economiesuisse (Wirtschaftsdachverband)* und weitere Organisation mit einem offenen Brief in die gleiche Richtung. Der Bundesrat soll bis September 2021 ein Konzept zur Versorgungssicherheit vorlegen. Worauf also vor einem Jahr Mitte-rechts allergisch reagiert hätte, ist nun im Mainstream angekommen. Die Wirtschaft kann die Versorgung der Bevölkerung nicht sicherstellen. Es ist Aufgabe der Politik, das heisst, es ist unsere Aufgabe, die entsprechenden Massnahmen zu treffen, und dafür brauchen wir gesetzliche Grundlagen. Darum braucht es diese Initiative. Eine gleichlautende Initiative wurde vom Kanton Zug mit grosser Mehrheit schon überwiesen, ebenso im Kanton Aargau am 15. Dezember 2020, dort mit 124 zu 8 Stimmen. Auch wenn man jetzt meinen könnte, wir rennen offene Türen ein, braucht es diesen Druck, ein Umdenken findet sehr langsam statt. Die Grünen wollen die Sicherheit und Versorgung unserer Bevölkerung nicht dem Zufall und auch nicht China überlassen. Der Bund soll die gesetzliche Grundlage erhalten, damit dort, wo Planbarkeit möglich ist, geplant wird, und Verantwortungsdiskussionen minimiert werden, damit wir dort, wo uns dann nichts anderes übrigbleibt, als kreativ und flexibel auf die Herausforderungen zu reagieren, dies mit gemeinsamer Kraft tun können. Danke für Ihre Unterstützung.

*Lorenz Habicher (SVP, Zürich):* «Kluger Rat, Notvorrat», lautet die nach wie vor aktuelle Empfehlung für Privathaushalte. Doch auch Unternehmen müssen im Auftrag des Bundes Waren lagern, auch Heilmittel. Von März bis April 2020 wurden insgesamt 27mal Pflichtlager freigegeben. Davon betroffen waren 19 Produkte, meist Antibiotika. Bereits im Februar 2020 gab der Bund grünes Licht für den Verkauf der rund 170'000 FFP2-/FFP3-Masken. Die drei Unternehmen, die Pflichtlager hielten, verkauften die Masken an die Armeeapotheke und diese leitete die Masken an die Kantone weiter. Im Jahr 2020 wurden insgesamt 92mal Pflichtlager aus dem Bereich Heilmittel freigegeben. Dies berichtet das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung, BWL, im Februar dieses Jahres. Der Bund bestimmt die obligatorisch zu lagernden Waren, wobei sich das Sortiment seit den 1990er-Jahren stark gewandelt hat und Heilmittel an Bedeutung gewonnen haben, Nahrungsmittel haben diese ein bisschen verloren. Am 6. April 2020 strahlte SRF (*Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft*) in der Sendung «Eco» den Beitrag «Genügend Nahrung, zu wenig Medikamente» aus, was mit grosser Wahrscheinlichkeit die besorgten Parlamentarierinnen der Grünen mit ihrer parlamentarischen Initiative 172/2020 vom 25. Mai auf den Plan rief. Beim China-Bashing und dem tiefliegenden Hass auf die Marktwirtschaft und Globalisierung ging der im November 2019 vorgestellte Bericht zur Vorratshaltung 2019 des BWL gänzlich unter. Wenn der Blick auf das Wesentliche verstellt ist, dann können schwere Mangellagen und Krisen, denen die Wirtschaft nicht selbst begegnen kann, nicht mehr getrennt und definiert werden. Dass die Grundsätze der Pflichtlagerhaltung auf der privaten Wirtschaft – der Staat kommt nur subsidiär zum Zug – abgestellt sind, geht schlicht vergessen. Böse, böse Wirtschaft – gut, besser, am liebsten der Sozialstaat, dieser soll es jetzt mit einer Standesinitiative aus dem Kanton Zürich richten. Wie die Grünen hier von der Präzisierung sprechen können, wenn die Begriffe «schwere Mangellage» und «Krise» nicht klar sind, ist auch mit viel gutem Willen unverständlich. Der Begriff «Krise» wird heute inflationär gebraucht. Jede und jeder sowie diverse haben Krisen und persönliche Vorleben mit ihren vielen Krisen, und diese Krise wird meist medial zelebriert. Zudem bringt die wertende Formulierung «die wichtigsten Medikamente und Wirkstoffe» eine Vielzahl von nicht endenden Diskussionspunkten, denn wissen Sie schon heute, was die wichtigsten Medikamente und wichtigsten Wirkstoffe für eine undefinierte Krise oder eine Mangellage der Zukunft sind? Wissen Sie das? Natürlich nicht. Sie wissen also auch nicht, was Sie genau einlagern wollen.

Diese PI und die geforderte Standesinitiative sind unnötig, wenn nicht sogar schädlich für die Helvecura, die für die Landesversorgung mit Heilmitteln zuständig ist. Die SVP-Fraktion wird die PI nicht unterstützen, lehnt die Forderung einer Standesinitiative ab und wir bitten Sie, dies auch so zu halten.

*Brigitte Rössli (SP, Illnau-Effretikon):* Bis vor ein paar Jahren waren wir es im Pharmaland Schweiz gewohnt, dass wir in der kleinen Schweiz Zugang zu allen Medikamenten und deren Wirkstoffen hatten. Das hat sich geändert, das kann ich

Ihnen als Leitung Pflege eines Alterszentrums bestätigen, und das war schon vor Corona so. Plötzlich waren Medikamente nicht mehr erhältlich. Nicht nur bei spezialisierten Medikamenten gibt es Engpässe, sondern zunehmend bei älteren alltäglichen Medikamenten, bei denen der Patentschutz abgelaufen ist. Kleinere Hersteller geben wegen des Preisdrucks auf oder werden von Grossen übernommen. Hinzu kommen die vielgenannten Lieferschwierigkeiten in die kleine Schweiz, die ja sehr bedeutungslos geworden ist. Auch China mit seiner Monopolstellung für die Zulieferung der Wirkstoffe hat uns in der Hand. Ja, Herr Habicher, Herzmedikamente, Epilepsiemedikamente, Psychopharmaka und viele andere können und konnten manchmal schon lange nicht mehr geliefert werden, das heisst immer wieder kurzfristige Umstellungen der Medikation. Dies kann verheerende Folgen haben. Die Patientinnen und Patienten sind häufig verunsichert, ob das Ersatzprodukt die gleiche Wirkung zeigt. Häufig muss sehr aufwendig nach Ersatzprodukten gesucht werden. Für Einzelpersonen sind das sehr grosse Einschnitte. Die Folge sind Hamsterkäufe, denn ich möchte ja nicht auf zu wenigen Medikamenten sitzen. Nicht selten lagern Private grosse Mengen Medikamente, damit sie die Lieferschwankungen ausgleichen können, was zur Folge hat, dass bei Medikamentenumstellungen unter Umständen viele Medikamente entsorgt werden müssen. Das führt auch zu einer finanziellen Belastung des Gesundheitswesens und zu einer noch grösseren Verschärfung der Engpässe.

Die Corona-Krise hat uns diese Probleme noch offensichtlicher vor Augen geführt. Wir sind abhängig und müssen dringend etwas unternehmen. Die SP ist überzeugt, dass jetzt gehandelt werden muss und dass der Kanton Zürich jetzt gegenüber dem Bund die grosse Sorge um die Medikamentensicherheit kundtun muss. Deshalb unterstützen wir die Standesinitiative.

*Jörg Kündig (FDP, Gossau):* Das Einreichen von Standesinitiativen ist so eine Sache, ebenfalls der gewählte Weg über eine parlamentarische Initiative ist eher zweifelhaft. Ich gebe hier allen recht, die an der Wirksamkeit so ihre Zweifel haben, ganz besonders dann, wenn noch die Bundesverfassung auf diesem Weg geändert werden soll. Sicherung der Versorgung mit Medikamenten und Wirkstoffen, so der Inhalt, soll festgeschrieben werden. Hintergrund dieser PI und des Anliegens ist das, was im Rahmen der zurückliegenden und aktuellen epidemiologischen Situation festgestellt werden musste. Die nachhaltige Landesversorgung wurde grundsätzlich nicht nur bei Wirkstoffen und Medikamenten zu wenig beachtet. Es ist das geschehen, was wir als bekanntes Muster kennen: Optimierung des Mitteleinsatzes und vermeintliches Fehlen von Gefahren führten zu einer gewissen Sorglosigkeit. Ein Medikament zur Vorbeugung von Covid-19 am Lager zu haben – vermessen und ein Ding der Unmöglichkeit. Besser wäre da das Thema «Masken». Zwar wurde national schon lange die Pandemievorsorge ausgerufen und angeordnet, die Ausführung und die Kontrolle der Vorbereitungsmaßnahmen waren aber wenig überzeugend. Wenn schon die Wirksamkeit dieser PI begründet bezweifelt wird, dann soll sie doch die Gelegenheit geben, darauf hinzuweisen, dass es ein Gesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung gibt.

Darin wird die Versorgung des Landes mit lebenswichtigen Gütern geregelt. Explizit, wenn Sie nachlesen, zählen dazu: a. Energieträger sowie alle dazu benötigten Produktions- und Betriebsmittel, b. Nahrungs-, Futter- und Heilmittel sowie Saat- und Pflanzengut, andere unentbehrliche Güter des täglichen Bedarfs, Roh- und Hilfsstoffe für Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe. Mit anderen Worten: Wir hätten eigentlich auf Bundesebene die nötigen gesetzlichen Vorgaben und die PI ist nicht nötig, entscheidend ist vermutlich vor allem das Wie.

In der Summe ist die FDP geneigt, diese PI vorläufig zu unterstützen, und wird es auch tun. Es soll ein Zeichen dafür sein, dass wir die Vorbereitung und die Vorsorge vernachlässigt haben, wie wir jetzt schmerzlich erfahren mussten. Nicht nur der Bund ist angehalten, sich wieder auf den Sinn und Zweck einer nachhaltigen Vorsorge mit lebenswichtigen Gütern zu besinnen, sondern auch der Kanton Zürich. Die rückwirkenden Evaluationen auf die Pandemiezeit vor dem Jahr 2020 bestätigen das, und die Regierung hat, so zeigen erste Aktivitäten, die Lehren daraus gezogen. Wir müssen das auch tun. Immer wieder ist die Nachhaltigkeit ein grosses Thema, hier müssen wir die Hausaufgaben angehen. Wenn wir diese PI vorläufig unterstützen, leisten wir dazu einen Beitrag. Besten Dank.

*Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa):* Die Schweiz ist ein Land mit vielen, sehr bedeutenden Pharmafirmen. Die Pharmakonzerne Roche und Novartis haben ihren Platz hier, um zwei mit Namen zu nennen. Schaut man die Produktionswerte und Ausgaben bei Forschung und Entwicklung an, so lag die Schweiz bis anhin im europäischen Vergleich immer auf den vorderen Plätzen. Sie exportierte im Jahr 2018 für 77,7 Milliarden Euro, gezählt bei den europäischen Pharmaexporten, und belegte somit hinter Deutschland den zweiten Rang in dieser Kategorie. So weit, so gut, so betrachtet, sehr gut; dies die eine Seite der Medaille. Die andere besagt, dass immer mehr Schweizer Pharmaunternehmen nicht mehr in der Schweiz produzieren, die allgemeinen Kosten sind im Ausland günstiger. Was heisst das für das Pharmaland Schweiz? Letztes Jahr zu Beginn des Virusausbrauchs in China, wo viele, sehr viele Medikamente produziert werden, kam die Produktion in China zum Erliegen. Die chinesische Industrie war empfindlich getroffen worden und somit auch Schweizer Firmen vor Ort. Weltweite Turbulenzen in den Lieferketten waren die Folge. Flüge wurden gestrichen, Fabriken geschlossen. So wurde uns unsere eigene Abhängigkeit vor Augen geführt. Wichtige Medikamente konnten nicht abgegeben werden, da nicht vorhanden. Es musste auf Ersatzprodukte ausgewichen werden. Das kann nicht unser Wunsch und Ziel sein. Die Pharmaindustrie ist ein Herzstück der Schweizer Industrie. Ende 2019 fehlten 600 Medikamente, und das notabene vor der weltweiten Corona-Krise, die noch immer anhält. Das BAG wollte sich der Sache annehmen und auf Frühling 2020 mit einem Katalog von erarbeiteten Lösungsansätzen aufwarten. Es kam anders. Lösungsansätze wie Exportverbot für Medikamente, die von einem Engpass betroffen waren, oder eine Vergrösserung des Notvorrates von Heilmitteln in den Pflichtlagern, eine Lagerung in den Kantonen oder Spitälern wären Varianten, so gewisse Überlegungen. In Ausnahmesituationen wird nicht immer nach Vertrag, Abkommen

oder Absprache gehandelt. Man erinnere sich an die Blockade der Lastwagen voller Schutzmaterial wie Kleidung, Mundschutz et cetera an unserer deutschen Grenze. Das ist also nicht irgendwo weit weg passiert, sondern doch relativ nahe. Politische Gespräche fanden statt. Mit welchen Zugeständnissen? Erst danach konnten die Lastwagen mit dem dringlich benötigten Material die Grenze passieren. Wird nicht selbst benutzernah produziert, werden Produkte dringend benötigt, muss im Stress und unter Druck bestellt werden; Produkte, die von irgendwoher kommen, viel, sehr viel Geld kosten und am Schluss nicht unseren Qualitätsanforderungen entsprechen oder sogar gesundheitsschädigend sind, ein aktuelles Thema. Ein Umdenken ist richtig und wichtig. Wer hergibt, ist nicht mehr selbstbestimmend in der Lage zu handeln. Die GLP wird die Standesinitiative überweisen.

*Kaspar Bütikofer (AL, Zürich):* Die Alternative Liste, AL, wird diese parlamentarische Initiative nicht vorläufig unterstützen. Diese PI lässt uns etwas ratlos zurück und sie ist einer der vielen Corona-Vorstösse. Sie lässt uns ratlos zurück in formaler Hinsicht, denn die Grünen waren die Gewinner der letzten Nationalratswahlen. Die Delegation der Grünen in Bern ist gewachsen und man könnte denken, das sollte eigentlich reichen, um dort eine Verfassungsänderung anzuschieben. Die PI lässt uns aber auch inhaltlich ratlos zurück. Sie erinnert mich am ehesten an die Kriegswirtschaft des deutschen Kaiserreiches. Die PI passt nahtlos in die Komödie, die im Nationalrat aufgeführt wird: Aufgrund eines Tages-Anzeiger-Artikels, der suggerierte, dass der Bund eine Produktionsstrasse für Impfstoffe hätte kaufen können, haben sich dann Vertreter der SVP und der FDP im Ruf nach Planwirtschaft überboten. Ja, FDP und SVP forderten quasi einen Fünfjahresplan im Bereich der Impfstoffherstellung. Immerhin ist da ersichtlich, dass offenbar diese beiden Parteien ihren naiven Glauben an die Marktwirtschaft verloren haben.

In der Tat ist es aber so, dass mit der Corona-Krise die Lieferengpässe bei Medikamenten und bei Schutzausrüstungen stark zugenommen haben. Wir müssen aber auch kritisch hinterfragen, was denn dagegen unternommen werden kann. Das Beispiel von Österreich ist wahrscheinlich kein gutes Beispiel. Denn Österreich subventioniert eine Novartis-Tochter, damit sie ihren Standort im Tirol weiter aufrechterhält. Es macht also keinen Sinn, dass wir mit Steuergeldern quasi Grosskonzerne subventionieren.

Braucht es also eine Verfassungsänderung? Wir haben bereits heute in der Bundesverfassung den Artikel 102. Er sieht heute bereits vor, dass in Mangellagen auch die Wirtschaftsfreiheit eingeschränkt werden kann. Das sollte im Prinzip genügen, und darauf aufbauend haben wir das Bundesgesetz zur wirtschaftlichen Landesversorgung. Wir müssen also nicht fragen «Braucht es mehr Gesetze?», sondern wir müssen uns fragen: «Hat dieses Gesetz gewirkt?» Hier können oder müssen wir leider sagen: Nein, es hat nicht gewirkt, denn die Spitäler haben ihre Pflichtlager nicht angelegt und sie hatten zu wenig für den Notfall vorgesorgt. Sie hatten eben keine Schutzausrüstungen, sie hatten keine Masken und so weiter.

Aber auch die Privathaushaltungen wären eigentlich angehalten, Masken zu haben, aber es ist klar, ich hatte auch keine Maske zu Hause. Das wäre auch ein bisschen zu stark in die Zukunft gedacht. Also: Wir brauchen hier nicht zusätzliche Gesetze. Es ist eher die Frage, wie wir mit den bestehenden Gesetzen umgehen und dafür sorgen, dass in einer Krisensituation das nötige Material vorhanden ist oder raschestmöglich beschafft werden kann. Deshalb wird die Alternative Liste diese parlamentarische Initiative ablehnen. Besten Dank.

*Lorenz Schmid (Die Mitte, Männedorf):* Erneut wird das Instrument der Standesinitiative bemüht, obschon alle Mühlen in Bern mahlen, und zwar intensiv, das kann ich euch garantieren. Die Versorgungslücke von wichtigen Medikamenten und Wirkstoffen ist ein Dauerbrenner. Ich rate Ihnen, die Homepage meines Berufskollegen Enea Martinelli, seines Zeichens Chef-Spitalapotheker im Berner Oberland, zu besuchen. Ich kann Ihnen berichten, dass die Versorgungslücke schon immer Bestand hatte und vielleicht, jedoch in absolut geringem Ausmass, durch Corona verschärft wurde. Betroffen sind vorwiegend spitalgebundene Injektabile, also Medikamente, die injiziert werden. Hauptgrund ist somit nicht Corona. Der Hauptgrund ist ein simpler und einfacher, seit Jahrzehnten: Es ist der Preisdruck. In der Schweiz werden die Medikamentenpreise gesenkt, und zwar Preise bei den SL-Produkten (*Spezialitätenliste*) auf das europäische Niveau gesenkt, bis die Firma aussteigt. Das ist ein Phänomen, das wir auch im europäischen Markt sehen. Es ist ein paneuropäisches Phänomen. In Europa werden nur noch innovative Medikamente hergestellt. Gerade bei Roche, Novartis, Lonza und so weiter, Massenware wird seit Jahren, seit Jahrzehnten in Billiglohnländern wie Pakistan oder Indien hergestellt. Dann haben wir noch China – und dies sind nicht mal die Grössten. Und wenn's dann wirklich hochkommt, dann haben wir auch noch die Türkei und andere Staaten um die Türkei herum, Turkmenistan und so weiter. Wir haben das alles schon solchen Ländern, Billiglohnländern anvertraut. Die Mühlen mahlen. Sie mahlen in Bern, sie mahlen jetzt auch in Brüssel. Bern wartet nicht auf diese Standesinitiative. Europa hat das Ganze, unabhängig von Corona, als Problem erkannt; da gehe ich mit Jörg Kündig absolut einig. Die Standesinitiative ist nutzlos, vielleicht sogar kontraproduktiv. Es gibt Bestrebungen, genau auch auf europäischer Ebene, in Zusammenarbeit mit der Schweiz.

Ich komme zu Lösungsansätzen, die dort diskutiert werden: Enge Zusammenarbeit mit der EU. Ohne Rahmenvertrag werden wir auch in dieser Frage nicht weiterkommen, das kann ich euch jetzt schon sagen. Es braucht die Bereitschaft, die Mehrkosten zu tragen. Es kommt zu Mehrkosten. Wisset, dass genau jetzt die Diskussion über die Medikamentenpreisdebatte absolut quer in der Landschaft ist, wenn wir schon mit solchen Bestrebungen Medikamentensicherheit erlangen möchten. Eine radikale Idee wäre vielleicht die Abschaffung unserer Zulassungsbehörde Swissmedic, nicht nur Parallelimport zuzulassen, sondern einfach die Märkte vollständig öffnen. Wir müssten dann halt mit Medikamenten in verschiedenen Sprachen – vielleicht fehlt dann das Deutsch halt – therapieren. Bitte vergessen Sie die nostalgische Idee der schweizerischen Produktion in der Armeepothek, in der Kantonsapothek, die sind schlichtweg nicht kompetent genug,

unmöglich. Das sagen diese Institutionen selber. Sie können das nicht in diesem Ausmass, sie wären auch überfordert. Wir kommen nicht umhin, die Frage pan-europäisch zu stellen und zu lösen. Dort mahlen die Mühlen, sie mahlen langsam. Wir werden die Mehrkosten tragen müssen. Das hat jetzt nichts mit meiner Berufsabstammung zu tun, als Apotheker weiss ich aber, dass sehr viele Medikamente eben durch den Preisdruck halt vom Schweizer Markt verschwunden sind und wir sie aus Europa importieren müssen, mit grossen Mehranstrengungen, teilweise rückvergütet, teilweise dann nicht. Und Europa selber hat dasselbe Problem auch. Also, auch die Grünen haben eine Fraktion in Bern. Und mit Unterstützung aller anderen – in Bern ist das Problem unisono erkannt und wird auch unterstützt – wird dort eine Bestrebung möglich sein, aber nur mit Europa, wahrscheinlich eben nur mit Verträgen. Dies wünsche ich uns allen, dass wir da zukünftig weise darüber abstimmen, wenn dann der Bundesrat so weit ist. Ich danke.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

*Abstimmung*

**Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 172/2020 stimmen 91 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht.** Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.